

# monitor



## Der Staat als »Partner«?

Hintergrund ➔ Helfen Sonderrechte gegen Nazis?

Welche Ziele sollte der Staat im Kampf gegen den Neonazismus verfolgen und welche staatlichen Mittel sind dabei nützlich oder schädlich? Dies ist ein ständig wiederkehrendes Thema. Es begegnet uns in Debatten um Partei- oder Vereinsverbote ebenso wie bei den andauernden Auseinandersetzungen um Verbot oder Genehmigung rechtsextremer Aufmärsche. Das Bundesverfassungsgericht hat nun ein richtungsweisendes Urteil zu diesem Thema gesprochen, das auch manchem Staatsvertreter den Kopf verdrehen könnte. Und das in seiner Reichweite von zivilgesellschaftlichen Akteuren genau diskutiert werden sollte.

Ein »bahnbrechendes Urteil«, so die Kommentare, habe das Verfassungsgericht Anfang November gesprochen, das als »Freiheitsschranke für Neonazis« diene und die Verherrlichung des NS-Gewaltregimes in der Öffentlichkeit stoppen könne.

### NS-Verherrlichung bleibt strafbar

Worum geht es? Der vor kurzem verstorbene Rechtsanwalt JÜRGEN RIEGER hatte 2008 Beschwerden erhoben, weil die von ihm angemeldeten Neonazi-Märsche in Wunsiedel untersagt worden waren. Grundlage der Verbote: Die Gerichte erwarteten während der Aufmärsche die öffentliche Billigung und Rechtfertigung der NS-Herr-

Eine Grundsatzentscheidung musste also her: »Ausnahmsweise«, so die Karlsruher RichterInnen, sei die Einschränkung der Meinungsfreiheit in solchen Fällen gerechtfertigt. Das Gericht zog gleich eine scharfe Grenze: dies gelte ausschließlich für solche Aufzüge, bei denen zu erwarten sei, dass durch die Billigung des NS-Regimes oder die Verhöhnung seiner Opfer der »öffentliche Friede« gefährdet sei.<sup>1</sup>

### Faschismus ist keine Meinung...

Nach Ansicht der RichterInnen rechtfertigen zwei Aspekte dieses besondere, ausschließlich gegen Neonazis anwendbare Recht: der Charakter des Grundgesetzes und die besondere Wirkung, die solche Aufmärsche in der Öffentlichkeit haben. Das Unrechtsregime der Nazis habe »für die verfassungsrechtliche Ordnung der Bundesrepublik Deutschland eine gegenbildlich identitätsprägende Bedeutung, die einzigartig ist«. Und weitergehend: »Das Grundgesetz kann (...) geradezu als Gegenentwurf zu dem Totalitarismus des nationalsozialistischen Regimes gedeutet werden«. Durch diesen Charakter als Gegenentwurf, der eine »Wiederholung solchen Unrechts ein für alle Mal« ausschließen wolle, seien Ausnahmen



schaft, was seit 2005 als Volksverhetzung strafbar ist. Diese Ausweitung des Volksverhetzungs-Paragrafen 130 und die nachfolgende Verschärfung des Versammlungsrechtes stieß von Beginn auf Kritik, da sie eine Meinung unter Strafe stellen würde, was mit dem Grundgesetz nicht konform sei.

für Nationalsozialisten vom Grundrecht auf Meinungsfreiheit in der BRD geradezu »immanent«. Eine Billigung anderer Unrechtsregime, also beispielsweise des Stalinismus, betreffe das Gesetz nicht. Ein wichtiger Zusatz, wie wir weiter unten sehen werden.

antifaschistisches pressearchiv und bildungszentrum berlin e.v. (apabiz)

lausitzerstr. 10 | 10999 berlin

geöffnet do von 15 bis 19 uhr und nach absprache

fon | fax: 0 30 . 6 11 62 49

mail@apabiz.de  
<http://www.apabiz.de>

konto-nummer: 332 08 00  
blz: 100 205 00  
bank für sozialwirtschaft

monitor ist nicht im abo erhältlich, aber fördermitglieder bekommen ihn zugeschickt.

Das apabiz e. V. informiert seit 1991 über die extreme Rechte. Unsere Informationen stehen allen Personen und Initiativen zur Verfügung. Umgekehrt sind wir an Euren Einschätzungen und Erfahrungen interessiert. Gerne vereinbaren wir einen Austausch oder nehmen Euch in unsere Mailingliste auf.

Archiv: Für Recherchen halten wir unser Archiv bereit, das eines der größten dieser Art in der BRD ist. Wir verfügen über rechte Publikationen, Videos, CDs u.a.m. Diese Primärquellen werden ergänzt durch eine Datenbank, in der Presseveröffentlichungen seit Anfang der 90er Jahre erfasst sind, eine umfangreiche Präsenzbibliothek, verschiedene Sondersammlungen sowie antifaschistische Publikationen aus ganz Europa und den USA.

Bildung: Unser ReferentInnen-Katalog (siehe [www.apabiz.de](http://www.apabiz.de)) umfasst mehr als 40 Vorträge und Seminare aus diversen Bereichen, für die ReferentInnen bei uns angefordert werden können. Zu bestimmten Themen haben wir ReferentInnen-Koffer erstellt, die die eigenständige Durchführung von Veranstaltungen ermöglichen, oder halten wir Handreichungen bereit.

Publikationen: Ergebnisse unserer Arbeit verwerten wir nicht nur im monitor, sondern auch in Broschüren, Pressemitteilungen, Handreichungen und sonstigen Publikationen. Diese und weitere Materialien findet ihr unter [www.apabiz.de](http://www.apabiz.de).



## Nazi-Broschüre kursiert bundesweit an Schulen

**Bundesweit** • Eine von der Holocaustleugnerin URSULA HAVERBECK verfasste und speziell an Jugendliche gerichtete Broschüre, »Amalia Hinterwäldlerin vor Gericht und andere Geschichten«, ist am 30. Oktober von der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien (BPjM) indiziert worden. Gründe sind der offenkundig antisemitische Inhalt bis zur unverhohlenen Leugnung des Holocaust. Im August war bekannt geworden, dass das Heft SchülerInnenvertretungen diverser Schulen anonym zugeschickt worden war. ◀

## Rechte Gewalt meist unpolitisch?

**Berlin** • Zu 85 Prozent sei rechte Gewalt gar nicht politisch. Zu diesem Ergebnis ist eine Studie gelangt, die Anfang Dezember von der Arbeitsstelle Jugendgewalt und Rechtsextremismus am Zentrum für Antisemitismusforschung (ZfA) der TU Berlin veröffentlicht wurde. Auftraggeber war die »Landeskommission Berlin gegen Gewalt«. Die meisten einschlägigen Gewalttaten würden von TäterInnen ohne ausreichend hohen politisch-ideologischen Hintergrund verübt, sie seien im eigentlichen Sinn also keine »Rechtsextremen«. »Gruppenbezogene Feindschaft«, die Wortwahl lehnt sich an den Bielefelder Soziologen Wilhelm Heitmeyer an, sei ein tauglicherer Begriff, so die Berliner Forscherin um Michael Kohlstruck. Die Studie kann als gedruckte Fassung (ca. 120 S.) bei der Landeskommission angefordert werden (Siehe [www.berlin.de/lb/lkbgg/index.html](http://www.berlin.de/lb/lkbgg/index.html)) oder dort als pdf-Datei kopiert werden. ◀

## NPD-Hetzer schlug wieder zu

**Guben (Brandenburg)** • Gegen den stellvertretenden NPD-Kreisvorsitzenden ALEXANDER BODE wird in Guben wegen Körperverletzung an einem 14-Jährigen ermittelt. Mit drei anderen Rechten soll Bode den Jungen Mitte November zu Hause aufgesucht und dann vor der Haustür und vor den Augen des Vaters verprügelt haben. Er habe, so der Vorwurf der Neonazis, ▶

So weit ist noch kein bundesdeutsches Gericht gegangen. »Endlich« habe »ein Gericht den Mut gefunden«, die Notwendigkeit von Sondergesetzen anzuerkennen, so Staatsrechtler CHRISTIAN PESTALOZZA von der FU Berlin. In anderen Kommentaren wurde bemängelt, warum diese »Anti-Nazi-Immanenz« fast sechs Jahrzehnte unbemerkt geblieben sei.<sup>2</sup> Die schärfsten Kritiker sahen mit diesem Urteil denn auch den Geist des Grundgesetzes begraben: »Ein Zwei-Klassen-Recht ist per se undemokratisch, auch wenn es antifaschistisch begründet wird«<sup>3</sup>, so ein Kommentar in der taz.

### ...sondern eine Straftat!

Sicher ist, dass das Verbot mancher Nazi-Aufmärsche einfacher wird beziehungsweise bleibt. Denn dies ist das zweite, was durch das Urteil hervorgehoben wird: »Das Gesetz richtet sich gegen das Wachrufen und Billigen der Untaten eines Regimes, das zur Vernichtung ganzer Bevölkerungsgruppen schritt (...).« Solch ein »Gutheißen der Gewalt- und Willkürherrschaft dieser Zeit« werde auch heute von der Bevölkerung »als Aggression und als Angriff gegenüber denjenigen wahrgenommen, die schon historisch verfolgt wurden.«

Wer die Atmosphäre kennt, die von einem Nazi-Aufmarsch ausgehen kann, kann dieses Argument nachvollziehen. Denn es ist bemerkenswert »praxisnah«. In Berlin fällt hier gleich der jüngste Aufzug ein, auf dem unter direktem Bezug auf die SA, »unsere (...) politischen Vorkämpfer«, vom Lautsprecherwagen aus Einzelpersonen, deren antifaschistisches Engagement den Neonazis bekannt ist, mit vollem Namen genannt wurden, teilweise mit Adresse. Dies neben allgemein formulierten Anfeindungen (»Wir kriegen euch alle!«) begleitet von Parolen wie »Rote haben Namen und Adressen. Kein Vergeben – kein Vergessen!«.<sup>4</sup>

### Opferschutz vor Meinungsfreiheit?

Welchen Unterschied würde es machen, wenn die staatliche Exekutive, in diesem Fall die Berliner Polizei, bei solchen öffentlichen Drohungen erkennbar einschreiten und NS-Verherrlichung und persönliche Bedrohungen vor Ort stoppen würde? Man muss nicht erst selbst Opfer solcher Vorfälle geworden sein, um zu verstehen, was die Bundesregierung (!) meint, wenn sie in einer Stellungnahme ausführt, dass Meinungsäußerungen im Sinne des Paragraphen 130 die »Freiheit des öffentlichen Diskurses« gefährdeten. Sie entfalten »eine einschüchternde Wirkung, weil sie sich zumindest implizit immer auch gegen die Existenzberechtigung von (...) ganzen Bevölkerungsgruppen richteten, so dass sie neben der offenen Meinungskundgabe die Botschaft einer latenten Gewaltbereitschaft und Bedrohung (...)

transportierten.« Diese Argumentation ließe sich durchaus auch auf andere Situationen anwenden, beispielsweise wenn der örtliche NPD-Chef am Gedenken im ehemaligen KZ teilnehmen will. Oder wenn eine Diskussionsrunde gegen Rechts-



Endet hier die Meinungsfreiheit?

extremismus von einem Trupp Brauner zu eigenen Zwecken instrumentalisiert wird.

### Mehr Demokratie

Einen Opferschutz, der sich aus dem allgemeinen Schutz der Menschenwürde ergibt, empfinden bestimmt viele als einen Schritt nach vorne. Doch der Staat ist nur selten ein verlässlicher Partner, die Entscheidungen schwanken je nach Bundesland und Zuständigen. Und auch die Warnungen, hier werde ein Grundrecht ausgehöhlt, sollten nicht vorschnell ad acta gelegt werden. Sondern sie sollten bis ins Detail diskutiert werden, selbst wenn uns hier schwant, am Ende vielleicht ein Grundrecht für seine Feinde zu verteidigen. Bringen die Entscheidungsträger in diesem Staat die Fähigkeit zur Differenzierung auf, die nötig wäre, solch eine Rechtsnorm wie die vom Bundesverfassungsgericht skizzierte umzusetzen? Oder bedient dies nur autoritäre Lösungen, die in Deutschland so gerne und schnell zur Hand genommen werden? Solche Tendenzen sind sicherlich da.

Es ist manches Mal schwierig eine Grenze zu ziehen zwischen dem, was uns gerechtfertigt erscheint und dem, was hilfreich ist. Dies lässt sich an dem Verbot der Nazitruppe FRONTBANN 24 in Berlin zeigen. Dass der Staat gegen die Wiederauflage eines Vorläufers der SA, gegen Personen, die zweifelsohne NationalsozialistInnen sind, vorgeht, ist sicherlich gerechtfertigt. Dies nicht zu tun, hieße die Aktivitäten zu dulden



und damit deren Fortkommen zu fördern. Aber ist es auch immer hilfreich? Die Verbotsverfügung ist teilweise erschreckend nichtssagend in den konkreten Vorwürfen (siehe Artikel unten). Damit das klar ist: Keiner weint dieser Bande eine Träne nach. Aber zum wiederholten Male wird uns weis gemacht, der Staat könne die Probleme schon lösen.

### Weniger schwarz-gelbe Gesetze

Das denkt sich auch die Landesregierung in Sachsen und legte vor kurzem den Entwurf eines neuen Versammlungsgesetzes für den Freistaat vor. Seine Tendenz: alles wird verboten, sonst könnte es ja anstrengend werden. Die gesamte Innenstadt Dresdens wird für Aufmärsche am 13. Februar gesperrt, das Völkerschlachtdenkmal in Leipzig ist tabu; Synagogen und ehemalige KZ fehlen dagegen im Entwurf. Der Schutz wird, diametral zum Urteil des Verfassungsgerichts, auch auf Opfer »kommunistischer Gewaltherrschaft« ausgedehnt. Es braucht nicht den NPD-Sachverständigen, CHRISTIAN WORCH, um die Verfassungsmäßigkeit des Entwurfs zu bezweifeln. Den Formulierungen der schwarz-gelben Regierung entspricht die Stimmung an der kommunalen Basis: »Wir als Verwaltung« würden den Gesetzentwurf »ausdrücklich begrüßen«, so eine CDU-Beigeord-

nete, »sehr günstig für Allgemeinverfügungen«. »Am besten wäre, wenn überhaupt niemand was anmeldet«, platzt der Zweite Bürgermeister Dresdens, Detlef Sittel (CDU), heraus.<sup>5</sup>

### Ausblick

Jede rein exekutive Regelung der Auseinandersetzung mit Neonazis ist eine Niederlage für die Zivilgesellschaft. Es stärkt die Exekutive und den Glauben in Teilen der Gesellschaft, autoritäre Lösungen helfen gegen Nazis. Das Gegenteil ist der Fall: Nur mehr Demokratie hilft gegen Nazis. Der Staat soll ruhig seinen Teil beitragen. Vorschneller Applaus für die extensive Selbstermächtigung des Staates im Kampf gegen Neonazis verbietet sich aber genauso wie die Duldung von Rechtsbeugung. Und zwar sowohl für antifaschistische Engagierte als auch für demokratische FunktionsträgerInnen.

Ulli Jentsch

- 1) Zitate hier wie im folgenden aus Az 1 BvR 2150/08
- 2) Vgl. Christian Bommaris: Neues von der Volksverhetzung, in Berliner Zeitung v. 19.11.2009.
- 3) Christian Rath: Falsches Gesetz trifft die Richtigen, in taz v. 18.11.2009.
- 4) Vgl. www.apabiz.de/publikation/Linke%20Gewalt.pdf
- 5) Zitate übernommen aus: Till Grefe: Ein Mythos wird Gesetz. In jungle world Nr.49/2009 v. 3.12.2009

## FRONTBANN 24 verboten

Bericht ➡ NS-NostalgikerInnen tanzen nur ein Jahr

**Am 2. November verbot der Berliner Innensenator Erhard Körting die Neonazi-Gruppierung FRONTBANN 24. Damit fand diese Gruppe, die sich immer wieder medienwirksam inszenieren konnte, schon nach nur einem Jahr ein jähes Ende. Mit ihr verliert die Berliner NPD einen szeneeinternen Gegenspieler.**

Im Nachhinein muss man sagen: Sie haben es nicht anders gewollt. Die gezielten Provokationen gehörten beim Frontbann 24 von Anfang an zum Konzept. Durch eine aktionistische Straßenpolitik wollten die Frontbann-Mitglieder dem lahmen NPD-Landesverband Konkurrenz machen, dem sie in großen Teilen entstammten.

Als Führungspersonen gelten UWE DREISCH und GESINE HENNRICH, die zusammen mit einer Handvoll AktivistInnen bei Aufmärschen und Kundgebungen präsent waren. »Ortsgruppen« unterhielt der Frontbann nach eigenen Angaben in Schöneweide, Lichtenberg, Marzahn-Hellersdorf und Neukölln.

Die Behörden reagierten vergleichsweise alarmiert auf das Auftreten einer Kameradschaft alten Stils, die sich zudem mit schwarzen Uniformen ausstattete. Sie hängten dem Frontbann den Ruf an, die am schnellsten wachsende Gruppe in Berlin zu sein. »Wir rechnen dem Front-

bann etwa 40 bis 60 Mitglieder zu, mit steigender Tendenz«, so damals Claudia Schmid, Leiterin des Berliner Verfassungsschutzes. Tatsächlich belegt die Verbotsverfügung »lediglich 23 Mitglieder und 11 Kontaktpersonen« und einmal auch nur 21 Mitglieder.

Neben dieser offenkundig auf Medienwirksamkeit zielenden Übertreibung irritiert, wie dünn die Verbotsbegründungen teilweise bleiben. Als »verbotene Propagandamittel« müssen vier Feuerzeuge, zwei (!) Kugelschreiber (»in einer Plastiktüte, in welcher offenkundig mehr Kugelschreiber waren«) und einige Anstecker erhalten. Die dem Frontbann vorgehaltenen Parolen, wie »Nationaler Sozialismus jetzt!«, hört man ständig bei Aufmärschen. In Zukunft dann wohl ohne Uniform.

Ulli Jentsch



im September ein NPD-Wahlplakat zerstört.

BODE, Jahrgang 1979, war der Haupttäter der Hetzjagd von Guben im Jahr 1999, die für das Hauptopfer, Farid Guendol, tödlich endete. In einer Stellungnahme stärkte die Lausitzer NPD ihrem Funktionär den Rücken: Den Angriff auf den 14-Jährigen habe es nicht gegeben, die »Lügen-Presse« dichte einen Skandal herbei. ◀

### Kein DIENSTAGSGESPRÄCH mehr in Schmargendorf

**Berlin-Charlottenburg** • Zukünftig werden keine Veranstaltungen des DIENSTAGSGESPRÄCHS mehr im Ratskeller Schmargendorf stattfinden. Dies ist das Ergebnis einer Großen Anfrage in der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) Charlottenburg durch Bündnis 90/Grüne. Die von dem notorischen HANS ULRICH PIEPER seit 1993 ausgerichteten Vortragsabende waren erst September diesen Jahres in die Schlagzeilen geraten, als eine Zusammenkunft von NPD-Chef UDO VOIGT und DVU-Chef MATTHIAS FAUST in den bezirkseigenen Räumen stattfand.

PIEPER, in den 1980er-Jahren Pressesprecher bei Rheinmetall, später Kandidat der REPUBLIKANER, stand 1994 im Zentrum einer Berliner Politaffäre. Seine Versammlungen waren unter anderem vom Pressesprecher des damaligen CDU-Innensensors besucht worden. Im November diesen Jahres eröffnete PIEPER unterdessen eine weitere Veranstaltungsreihe in Berlin. Zusammen mit der Zeitschrift DEUTSCHE GESCHICHTE aus dem Hause des Verlegers GERT SUDHOLT (NPD) lud er im Namen einer HISTORISCHEN GESELLSCHAFT mit Sitz in Schöneiche bei Berlin zu einem Vortrag des Historikers ERNST NOLTE. Ein Vorwort sollte der JUNGE FREIHEIT-Mitarbeiter KARL FELDMEYER sprechen. ◀

### Neonazi-Großveranstaltungen in Moskau

**Moskau (Russland)** • Am 4. November marschierten anlässlich des »Tages der Volkseinheit« etwa 2000 Neonazis durch Moskau. Aufgerufen hatten u. a. die rassistische BEWEGUNG GEGEN ILLEGALE IMMIGRATION (DPNI), der neonazistische SLAWISCHE ▶



# Die Wahrheit ist irgendwo da draußen...

## Bericht ☉ Die deutsche »Truther«-Bewegung

BUND (SS) sowie der RUSSISCHE ALLNATIONALE BUND. Am selben Tag hielt die Neonaziorganisation RUSSKIJ OBRAZ («Russische Gestalt») im Moskauer Stadtzentrum in Kreml-Nähe eine Kundgebung mit über 1000 Neonazis ab. Viele Neonazis nahmen wohl nicht zuletzt deshalb an der Veranstaltung teil, da in deren Rahmen die Neonaziband KOLOVRAT (dt. Hakenkreuz) ihr erstes öffentliches Konzert seit zehn Jahren spielen konnte. Lediglich 300 meist junge AktivistInnen waren dem Aufruf eines antifascistischen Gegenbündnisses gefolgt und protestierten dagegen. ◀

### Erneut Mord an russischem Antifascisten

**Moskau (Russland)** • Am 16. November wurde der aktive und bekennende Antifascist Ivan Khutorskoy vor seiner Wohnungstür von einem Neonazi mit zwei Kopfschüssen getötet. Khutorskoy war aufgrund seiner antifascistischen und antirassistischen Aktivitäten seit geraumer Zeit im Visier von militanten Neonazis und damit einer ständigen Bedrohung ausgesetzt. Mehrfach war er bei Angriffen von Neonazis bereits schwer und sogar lebensbedrohlich verletzt worden. Khutorskoy hatte sich dadurch jedoch nicht einschüchtern lassen und sein Engagement bis zu seiner kaltblütigen Ermordung fortgesetzt. Der Vorfall reiht sich ein in eine lange Liste neonazistischer Morde in Russland, denen allein 2009 bisher 54 Menschen zum Opfer fielen. ◀

### Rainer Link ist tot

**Zossen (Brandenburg)** • Der Holocaustleugner und »Reichsbürger« RAINER LINK hat Selbstmord begangen. Am 30. November wurde die Leiche des 59-Jährigen in seinem Haus in Zossen entdeckt. Ein Abschiedsbrief und leere Tablettendosen wurden ebenfalls gefunden. Link galt als depressiv. Die Polizei ermittelte zuletzt gegen ihn, weil auf Rechnern aus seinem Internetcafé kinderpornografisches Material gespeichert war. 2008 war Link in der Region zu gewisser Prominenz gelangt, weil er sich aggressiv gegen die vor seinem Internetcafé verlegten »Stolpersteine« zur Erinnerung an die aus diesem Haus deportierten Jüdinnen und Juden ausgesprochen hatte. ◀

**Ein junger Jenaer Neonazi wurde Ende Oktober diesen Jahres geoutet: Die Antifascistische Initiative »Sieben auf einen Streich« stellte der Öffentlichkeit NICO SCHNEIDER, Mitglied der BURSCHENSCHAFT NORMANNIA und der NPD, vor. Belegt wird dort neben seinen neonazistischen Aktivitäten auch, dass er Mitglied des Stammtisches des INFONETZWERK THÜRINGEN ist.<sup>1</sup>**

Das INFONETZWERK besteht aus »Infokrieger[n], welche auch Truther genannt werden«. Dies ist sicherlich im Fall von SCHNEIDER eine von den LeserInnen als Nebeninformation abgetane Erkenntnis. Doch die »Infokrieger« und ihr Umfeld begegnen uns neuerdings vermehrt in der extremen Rechten: auf dem Szene-Internetportal ALTERMEDIA standen schon mehrere Artikel, der neonazistische JVA-REPORT druckte einen Beitrag, sogar die NPD STADE<sup>2</sup> - alle haben die Quelle: INFOKRIEG.TV.

### Themen jenseits der »Massenmedien«?

Die »Nachrichten-Plattform« INFOKRIEG.TV, die es seit 2006 gibt, ist der deutsche Ableger von INFOWARS.COM – einer US-amerikanischen Webseite des Verschwörungstheoretikers Alex Jones. Nach den Anschlägen des 11. September 2001 erhielten dessen »Theorien« von überall und zu allen Themen stattfindenden Verschwörungen enormen Auftrieb. Die deutsche Seite, die vom jungen Studenten ALEXANDER BENESCH betrieben wird, ergänzt Jones' antikommunistische und verschwörerische Thesen noch um tendenziell antisemitische<sup>4</sup>, geschichtsrevisionistische und völkische<sup>5</sup> Inhalte.

Inzwischen hat sich auch in Deutschland ein immer offener auftretendes Konglomerat unzähliger Webseiten und meist loser Gruppen gebildet, das sich unter dem Begriff »Truther«<sup>3</sup>-Bewegung zusammenfassen lässt. An größeren Netzwerken seien hier neben INFOKRIEG.TV und den INFONETZWERKEN noch die ANTI-ZENSUR-KOALITION erwähnt, die nicht nur SCIENTOLOGEN eine Bühne bietet, sondern auch dem extrem rechten Verschwörungstheoretiker und Antisemiten Jo CONRAD. Daneben gibt es viele Gruppen und Webseiten, die sich vor allem um Verschwörungen kümmern, die ein Thema betreffen (Chemtrails, Impfkritik, Germanische Neue Medizin, Europa-Politik etc.). Zum Teil sind sie unter einander zerstritten, punktuell treten aber einzelne Personen in verschiedenen Netzwerken auf.

Die StichwortgeberInnen und das Gefolge setzen sich in Deutschland aus »Wahrheitssuchenden« aller Couleur zusammen: alten und

jungen AntiimperialistInnen, esoterischen New-Age-VerschwörerInnen, AntikommunistInnen und damit auch manchmal extrem rechte Anti-Antifas und AntisemitInnen – doch die wenigsten sind Neonazis. Die verbindende Klammer ist der Grundansatz, man befinde sich auf der Suche nach der »Wahrheit« und in Opposition zu den »Massenmedien« der »Eine-Welt-Ordnung«. Mit den Themen 9/11, Impfkritik, Bilderberger-Konferenz (und anderen Geheimbünden), Wirtschaftskrise, Krieg (meist Nah-Ost) und »Globale



INFOKRIEG.TV auf »Freiheit statt Angst«-Demo, Berlin Sept. '09.

Elite« werden jedoch die simpelsten anti-amerikanischen bis antisemitischen Reflexe bedient.

### Nicht Links gegen Rechts sondern Gut gegen Böse!

Politisch verorten sich die »Infokrieger« außerhalb des »Links-Rechts-Schemas« und explizit gegen dieses. »Gegen politischen Dogmatismus« zu sein ist indes eine Prämisse, die vor allem auch junge Leute anspricht und sie – so absurd das klingen mag – politisiert.

Niemand fragt, aus welcher politischen Position heraus man denn eine gemeinsame Diskussion führe. Ein konstruktiver Diskurs geschweige denn ein emanzipatorischer Gesellschaftsentwurf kann so nicht entstehen. Das Nicht-Rechts-Sein beschränkt sich in den meisten Beiträgen lediglich darauf, sich gegen vermeintliche Verleumdungen »der Kommunisten« zu erwehren, wobei eine inhaltliche Analyse meist ausbleibt. Im Gegenteil wird vehement nach links polemisiert:



»Da der Antifaschismus in Deutschland nach dem zweiten Weltkrieg aber ohne Faschismus auskommen muss, sucht (...) er ihn überall und zimmert sich so ein neues Feindbild (...) So ist »Faschist« heute nicht mehr die Bezeichnung für einen Anhänger des ehemaligen sozialistischen Funktionärs, ehemaligen Antikriegsaktivisten und späteren Ministerpräsidenten Italiens BENITO MUSOLINI, sondern jeder der nicht in das verzerrte Weltbild der Linksextremisten passt.«<sup>6</sup> Sich selbst als eine bedrohte Minderheit stilisierend, wird im Namen des Guten (»Wahrheit«) der Kampf gegen das Böse (»Manipulation«/Lüge) geführt. So schleudert INFOKRIEG.TV den Vorwurf »Faschismus!« ungeachtet von historischen Fakten und Inhalten in alle Richtungen.

### Patchwork-Wahrheiten für ZweiflerInnen

Sich selbst systemkritisch gebend ist die politische Analyse der Welt bei INFOKRIEG.TV doch denkbar simpel: »Die westlichen Industrienationen [leben] überhaupt nicht in einem kapitalistischen System, sondern in einer von privaten Zentralbanken gesteuerten Planwirtschaft«<sup>7</sup>. Es gibt keine philosophische oder (politik-)wissenschaftliche Schule oder Denkrichtung, nach deren Logik die Ereignisse und Facetten der Welt in Beziehung zu einander gesetzt werden. Allein der Leitspruch *cui bono* (wem nützt es?) wird zum Grundprinzip erhoben: Die Welt ist kein

komplexes Herrschaftssystem, sondern ein System der Herrscher und der Marionetten und der verdummtten Masse. Diese bösen Mächte werden personalisiert und sitzen in vielen Verschwörungsfiguren an der US-amerikanischen Ostküste. Das allgemeine apokalyptische Setting des Informationskrieges legitimiert auch immer wieder die Erfindung von falschen Fakten und das Wegwischen offensichtlicher Widersprüche.<sup>8</sup>

Dass in der »Truther-Bewegung« mehrere, sich komplett widersprechende »Wahrheiten« nebeneinander existieren können, wird entweder ignoriert oder als Qualitätsmerkmal und Pluralität (im Gegensatz zu »Faschismus«) verkauft. Es entstehen Patchwork-Wahrheiten nach dem *wikipedia*-Prinzip: Die Wahrheit ist die Summe der Einzelwahrheiten, auch wenn sie widersprüchlich sind. Hierfür wird eine gemeinsame Plattform geboten und der/die InfokriegerIn kann sich mit all den anderen mutigen ZweiflerInnen verbündet fühlen. Allein der Prozess des Zweifelns, Fragens und Suchens nach der Wahrheit macht einen zum besonderen Menschen in Abgrenzung zu der »verdummtten« Masse.

### Ausblick

Sicher ist, dass es sich um ein wachsendes, weitverzweigtes und dennoch ausdifferenzierendes Netzwerk oder Milieu handelt, das sich hauptsächlich im virtuellen Raum abspielt und

In dieser Rubrik stellen wir jeweils einen Vortrag, Workshop oder ein Seminar aus unserem Bildungsprogramm vor. Den kompletten ReferentInnen-Katalog gibt es unter [www.apabiz.de](http://www.apabiz.de).

## bildung en detail Neues Angebot für die MultiplikatorInnen

# Extrem rechte Jugendarbeit in Berlin

Das Angebot, mit dem sich extrem rechte und neonazistische Gruppen an Jugendliche in Berlin richten, ist differenziert. Während die HEIMATREUE DEUTSCHE JUGEND (HDJ) bis zu ihrem Verbot Kinder und Jugendliche ideologisch indoktrinierte und »körperlich ertüchtigte«, ködert die NPD/JN u. a. mit den »Schulhof-CDs« und will mittels neonazistischer Schulungen Parteisoldaten heranbilden.

Die FREIEN KAMERADSCHAFTEN bzw. AUTONOMEN NATIONALISTEN hingegen bieten das Komplettpaket einer neonazistischen Lebenswelt aus Musik, Mode, Action und Gewalt. Ihr oftmals revolutionärer, modebewusster und popkultureller Habitus bietet Jugendlichen diverser Subkulturen Anknüpfungspunkte.

Das *apabiz* hat nun ein Veranstaltungskonzept erarbeitet, das sich speziell an MultiplikatorInnen im Bereich der Jugendarbeit in Berlin richtet. Diesen soll die Möglichkeit gegeben

werden, sich im Rahmen eines ganztägigen Weiterbildungsseminars über die verschiedenen extrem rechten Strukturen und deren unterschiedliche Angebote an Jugendliche zu informieren. Je nach Interessens- bzw. Problemlage wird es zudem vertiefende Module zu neonazistischem Lifestyle, Rechtsrock oder extrem rechten Organisationsformen geben.

Desweiteren soll den Teilnehmenden Raum für Erfahrungsaustausch und Diskussion von Handlungsoptionen geboten werden. Geplant ist es, das Seminar 5-6mal im kommenden Jahr anzubieten. Im Vorfeld soll eine verbindliche Anmeldung sowie eine Interessensauskunft der Teilnehmenden erfolgen, um diese gegebenenfalls berücksichtigen und das Seminar danach ausrichten zu können.

Nähere Informationen wird es in Kürze auf unserer Homepage geben. ◀

## PAX EUROPA bleibt in der CDU Berlin

**Berlin** • RENE STADTKEWITZ bleibt trotz seiner islamfeindlichen Politik parteiloses Mitglied der CDU-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus. STADTKEWITZ hatte seinen »unumkehrbaren Austritt« erklärt, nachdem eine Veranstaltung der CDU im Abgeordnetenhaus abgesagt worden war. Dort hatte über den »Islam als verleugnetes Integrationsproblem« diskutiert werden sollen. KritikerInnen auch aus der CDU, darunter der integrationspolitische Sprecher Kurt Wansner und die frühere Berliner Intergationsbeauftragte Barbara John, hatten sich von STADTKEWITZ scharf abgegrenzt. Der 44-jährige Politiker ist Vorsitzender des Berliner Landesverbandes von PAX EUROPA, einer weit rechts tendierenden »islamkritischen« Organisation. PAX EUROPA veranstaltet in Berlin seit einigen Monaten Kundgebungen, die regelmäßig islamfeindliche Tendenzen zeigen (siehe zuletzt *monitor* Nr. 42, S.7). ◀

## Neue Ausgabe Q-rage

**Berlin** • Die bereits fünfte Ausgabe der Zeitung *Q-rage* des Schülernetzwerks *Schule ohne Rassismus - Schule*



mit *Courage* erschien zum Schuljahresbeginn 2009/10. Die von Schülerinnen und Schülern geschriebenen Artikel behandeln Themen wie »Einwanderer als Zeugen in Schulen« oder jüdische Jugendliche in Deutschland. Aber auch Berichte über dem Umgang mit dem Gaza-Krieg an einer Berliner Schule oder die Integration von SchülerInnen mit Behinderungen im Schulalltag werden thematisiert. Weitere Informationen und Bestellmöglichkeiten unter [www.schule-ohne-rassismus.org](http://www.schule-ohne-rassismus.org). ◀



## Ehrung für HEINRICH LUMMER

**Berlin** • Zu Ehren des langjährigen Berliner CDU-Abgeordneten und Innensenators HEINRICH LUMMER (77) wurde am 9. Oktober im Foyer des Abgeordnetenhauses eine Bronzebüste aufgestellt. An der Feierstunde nahmen unter rund 300 Personen auch Alt-Bürgermeister Eberhard Diepgen, CDU-Fraktionsführer Frank Henkel teil sowie viele Personen aus dem »Kreis der DEUTSCHEN KONSERVATIVEN«, wie die extrem rechte JUNGE FREIHEIT zu berichten wusste. Henkel nannte LUMMER, der auch ein Jahr lang Parlamentspräsident gewesen war, ein »Synonym für Recht und Ordnung« und einen »großen Berliner«. Der aktuelle Parlamentspräsident Walter Momper (SPD) lobte die Redekünste von LUMMER, seine Sprüche und seine treffenden Bilder. Eine überraschende Einschätzung, ätzte der Ehrenvorsitzende der rechtsextremen DEUTSCHEN KONSERVATIVEN doch seit vielen Jahren vor allem gegen prominente Sozialdemokraten wie Schröder und Müntefering. ◀

## Wie gehabt: »Volkstrauer« am Columbiadamm

**Berlin-Neukölln** • Am 15. November 2009 trafen sich auf Einladung von ARMIN BRENKER (Oberstleutnant d. R.) Reservistenvereinigungen und militaristische Gruppen aus Berlin und Brandenburg, wie u. a. DEUTSCHER



MARINEBUND E. V. (DMB), zum »Volkstrauertag« auf dem Garnisonsfriedhof am Columbiadamm in Berlin-Neukölln. Während sich immer mehr Organisationen, wie die Bundeswehr und demokratische Parteien, aus dem Gedenken am Columbiadamm zurückziehen, nehmen VertreterInnen von DVU und NPD sowie des STAHLHELMS und der LANDSMANNCHAFTEN OST- UND WESTPREUßEN weiterhin teil. Anwesend waren SASCHA KARI, THORSTEN MEYER (DVU Berlin) und der ehemalige REP-Landesvorsitzende KONRAD VOIGT. Trotz Uniformverbot durch die Bundeswehr hielten zwei ▶

dessen politische Präsenz derzeit eher marginal ist. Dennoch ist ein gewisser missionarischer Eifer festzustellen: »Infokrieger« schreiben ihre Messages (9/11 – Inside Job – [www.infokrieg.tv](http://www.infokrieg.tv)) mit Kreide auf die Straßen Berlins, sie verteilen



Umsonst-DVDs, kleben Aufkleber. In der Praxis stellt sich das Problem, dass richtige und wichtige Kritik wie die am »Überwachungsstaat« auch von INFOKRIEG.TV besetzt wird.

INFOKRIEG liefert allerdings nicht nur eine völlig stupide Welterklärung, sondern halluziniert neben der obligatorischen jüdischen Verschwörung auch immer wieder kommunistische Verschwörungen. Eine konsequente Abgrenzung – nicht nur auf gemeinsamen Demonstrationen – lassen viele Teile der sich irgendwie als links oder

antikapitalistisch begreifenden Jugendlichen jedenfalls vermissen.

Eike Sanders

- 1) Vgl. <http://atf.antifa.net/nico-packt-aus>
- 2) Vgl. [www.npd-stade.de/netzseiten/index.php?option=com\\_content&task=view&id=1790&Itemid=151](http://www.npd-stade.de/netzseiten/index.php?option=com_content&task=view&id=1790&Itemid=151); zuletzt 03.12.09
- 3) Engl: truth = Wahrheit
- 4) So zieht der Artikel »Die globale Elite selbst ist der Urheber des UFO-Verschwörungskultes« von Paul Joseph Watson / Alex Benesch 24.03.2008 die extrem antisemitische Zeitung bzw. Webseite des Clayton Douglas als Quelle heran. Vgl. [http://infokrieg.tv/ufo\\_hoax\\_2008\\_03\\_24.html](http://infokrieg.tv/ufo_hoax_2008_03_24.html); zuletzt am 04.12.09.
- 5) infokrieg.tv bewirbt das Buch »Das Deutschlandprotokoll« von Ralf U. Hill. Hill – der von der (Ex-)DDR als »Mitteldeutschland« spricht und von der BRD als »GmbH« – begründet das Ideal der nationalen Souveränität so: »jedes Volk [hat] einfach seine Wurzeln (...). Und wer seine Identität verliert und keine Wurzeln mehr hat und nicht mehr weiß, wer er ist, der ist auch sehr manipulierbar« (43:29 - <http://www.videogold.de/infokrieg-videocast-16032008-mit-ralf-hill-autor-des-deutschlandprotokoll-und-mehr/>; zuletzt am 06.12.2009). Benesch: "Gerade Zuwanderung ist ein beliebtes Mittel um Chaos zu stiften" ([http://infokrieg.tv/2009\\_11\\_22\\_alternative\\_medien\\_2von4.html](http://infokrieg.tv/2009_11_22_alternative_medien_2von4.html))
- 6) von: »Freigeist«: »Antifaschismus und andere Lebenslügen« (23.Nov 09): [http://infokrieg.tv/2009\\_11\\_23\\_antifaschismus.html](http://infokrieg.tv/2009_11_23_antifaschismus.html); zuletzt am 03.12.09
- 7) Vgl. [http://infokrieg.tv/2009\\_12\\_01\\_piratenpartei.html](http://infokrieg.tv/2009_12_01_piratenpartei.html)
- 8) An dieser Stelle sei auf die Zeitschrift *Skeptiker*, herausgegeben von der Gesellschaft zur wissenschaftlichen Untersuchung von Parawissenschaften, verwiesen.

An dieser Stelle berichten wir über einzelne Arbeitsgebiete, Projekte, Sammlungen etc. aus dem Archiv des *apabiz*, um so einen Einblick in unsere Arbeit zu ermöglichen.

archiv en detail Neue Untermieter\_innen im *apabiz*

## Archiv zum »Mädchen-KZ Uckermark«

Endlich! Das Archiv zum KZ Uckermark ist nun ins *apabiz* gezogen. Zum Hintergrund: In Berlin ist ein Archiv in Arbeit, das die Geschichte des ehemaligen Jugend-Konzentrationslagers für Mädchen und späteren Vernichtungslagers Uckermark dokumentieren soll. Dieses bis heute weitgehend unbekanntes und wenig erforschte Konzentrationslager war 1942 speziell für Mädchen und junge Frauen errichtet worden. Anfang 1945 wurden die meisten Häftlinge von Uckermark nach Ravensbrück gebracht und ein Teil des Konzentrationslagers wurde als Vernichtungsort genutzt. Im April 1945 befreiten Soldaten der Roten Armee die Überlebenden des Konzentrationslagers Uckermark und Ravensbrück.

Seit Jahren ist es ein Anliegen der *Initiative für einen Gedenkort ehemaliges KZ Uckermark e.V.*, dieses Lager bekannter zu machen und das Gelände zu einem Gedenkort zu machen. Aus diesem Grund entstand unser Archiv, in dem wir Informationen speziell zur Uckermark aber auch zu verwandten Themen sammeln und Interes-

sierten zugänglich machen, wie z. B. die Geschichte der Fürsorge vor und nach der Zeit des Nationalsozialismus und die Verfolgung von sogenannten »Asozialen«.

Wir arbeiten seit vielen Jahren zur Geschichte dieses KZ. Wir sind keine Archivar\_innen und auch keine Historiker\_innen, sondern eignen uns das Handwerkszeug selbst an. Solltet Ihr über Bücher, Aufsätze, Unterlagen zu den genannten Themen verfügen, so setzt Euch bitte mit uns in Verbindung. Wenn Ihr unsere Arbeit finanziell unterstützen möchtet, so freuen wir uns über regelmäßige oder einmalige Spenden. Die Spenden sind steuerlich absetzbar: *Initiative für einen Gedenkort ehemaliges KZ Uckermark e.V.*, Kto. 468579106, BLZ 100 100 10.

Wir sind auch noch auf der Suche nach Mitstreiter\_innen; falls Ihr Interesse habt, schreibt uns: [gedenkort-uckermark@web.de](mailto:gedenkort-uckermark@web.de). Über diese Adresse können auch Besuchszeiten vereinbart werden. Weitere Infos zur Geschichte des Ortes unter [www.maedchen-kz-uckermark.de](http://www.maedchen-kz-uckermark.de). ◀



# Alles nur große Jungs

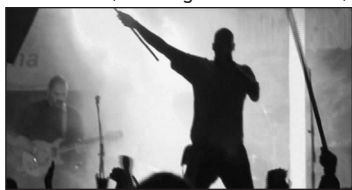
Rezension ☞ Der ungarische Film *Rocking the Nation* gerät zur Selbstinszenierung von Neonazis:

*Dübürög a nemzeti rock (Rocking the Nation)*. Ungarn 2007. Regie: Borbala Kriza, 70 min, Original mit englischen Untertiteln.

Monate hat die Soziologin Borbala Kriza die Band ROMANTIKUS ERŐSZAK (»Romantische Gewalt«) mit einem Filmteam begleitet. Herausgekommen ist ein 70-minütiger Dokumentarfilm, der in Ungarn in den Kinos lief und eindrucksvoll aufzeigt, wie unterschiedliche Strömungen und Generationen der extremen Rechten in Ungarn zu einer Gemeinschaft zusammenfinden. Doch die MacherInnen schafften es nicht, eine extrem rechte Selbstinszenierung zu verhindern.

## Eine Plattform für Antisemitismus

Der weibliche Fan lächelt verschmitzt. Die Jungs der Band und ihre Hooliganfreunde wären doch »tief in ihrem Inneren nur Kinder«. In der nächsten Einstellung ist das Lächeln eingefroren. Die Juden, so legt die Frau los, würden »nur



plündern«, sie »wollen alles für sich selbst« und hätten Jesus gekreuzigt.

Der Fan ist auf Tour in einem vollbesetzten, großen Reisebus mit der Band ROMANTIKUS ERŐSZAK. Dort sitzt die unscheinbare Kleinfamilie zwischen Naziskinheads und Budapester Nazihooligans. Mühelos verbinden sich christlicher Antijudaismus und hasserfüllter Antisemitismus. Ihre Helden sind mittelalterliche Herrscher, der Hitler-Vasall MIKLÓS HORTY und Jesus Christus. Musikalisch hat die Band für alle etwas im Repertoire: Heimatlieder, Folklore, Rechtsrock und Hooliganhymnen.

Der Film *Rocking the Nation* gibt einen guten Einblick in die ungarische Rechtsrockszene. Und doch wird er wenig aufklärerischen Wert haben, zumindest nicht, wenn er, wie in Ungarn, unkommentiert in Kinos läuft. In ermüdenden Monologen kommen die extrem rechten ProtagonistInnen zu Wort, nichts von dem, was sie sagen, wird hinterfragt, kontrastiert, erklärt. Zum Beispiel, was im Holocaust geschah. Gerade das wäre nötig gewesen: Laut aktuellen Zahlen haben nicht einmal fünf Prozent der Studierenden in Ungarn genaue Kenntnisse über die Verbrechen an den europäischen Jüdinnen und Juden. Antisemitismus ist Mainstream im Land. Will man diesen bekämpfen, indem man ihm eine zusätzliche Plattform gibt?

## In die Falle gegangen

In Deutschland lief der Film unter anderem auf dem renommierten *One World Berlin Filmfestival für Menschenrechte und Medien* Ende November in Berlin. Dort beschrieb Borbala Kriza ihr Anliegen, die extreme Rechte so zu zeigen, wie sie eben sei, ungeschminkt und ohne Maske. Doch gab es im Vorfeld der Dreharbeiten Verlautbarungen aus dem Kreis der Band, den Film zur Selbstdarstellung nutzen zu wollen. Das ist ihnen gelungen, das Filmteam ist in die Falle gegangen. Tatsächlich ist ROMANTIKUS ERŐSZAK eine Neonaziband mit auffallender Nähe zum Netzwerk BLOOD & HONOUR. Doch die Neonazi-Symbole, mit denen die Bandmitglieder auf ihrer Internetseite posieren, vermag man in dem Film nur mit geübtem Blick erkennen, beispielsweise als Tätowierungen einzelner Konzertbesucher. Je eindeutiger die Gestik und die Symbolik, desto schneller der Schnitt, beispielsweise bei offensichtlichen Hitler-Grüßen. Dem folgen lange Einstellungen von Liedern über die Schönheit der Heimat, in denen die Band ihre folkloristische Seite zeigt. Dies wird unterlegt mit einer romantisierenden Landschaftszeichnung, die die Berge der rumänischen Region Transsilvanien, ein Mythos des großungarischen Reiches, in weiches Licht taucht.

## Ein Film für den Giftschränk

Die letzten Minuten zeigen Szenen von Straßenschlachten vor dem ungarischen Parlament im Herbst 2006, bei dem extreme Rechte eine führende Rolle spielten. Dies sei abschreckend genug, meint Borbala Kriza. Ob die Darstellung der Gewalt gegen die Obrigkeit tatsächlich abschreckend wirkt, muss angezweifelt werden. Zudem liefert der Film keinerlei Informationen über die in Ungarn alltägliche Gewalt »nach unten«, vornehmlich gegen Sinti und Roma. Die Zuschauenden müssen stattdessen ertragen, wie sich die TäterInnen und StichwortgeberInnen als aufrechte PatriotInnen darstellen. Die Schlussdramaturgie hätte die Band selbst kaum besser hingekriegt: Die verwüstete Treppe am Parlamentseingang bei den Krawallen im Herbst 2006 und der Kommentar einer daran beteiligten Person, die der Untertitel übersetzt: »Well done, boys«. Ein Film für den Giftschränk.

Michael Weiss

Angehörige der Bundeswehr in Fliegermontur die Ehrenwache (siehe Foto).

Nach den Reden von BRENKER, dem Vorsitzenden des BERLINER BÜRGER-VEREINS HANS-JOACHIM WEINERT und des Superintendenten Dr. WORONOWICZ wurden an verschiedenen Denkmälern Kränze abgeworfen und der Gefallenen gedacht.

Nachdem es in den letzten Jahren zunehmend Kritik an der Veranstaltung – insbesondere der offenen Präsenz extrem rechter Organisationen – gegeben hatte und das Spektrum sich auch altersbedingt ausdünn, sank die Teilnehmendenzahl dieses Jahr auf 80 Personen. Bei der antifaschistischen Gegenkundgebung waren ca. 70 Menschen anwesend. ◀



## Nur 280 fürs Nazi-Jugendzentrum

**Königs Wusterhausen (Brandenburg)** • 280 Neonazis, 650 GegendemonstrantInnen, 800 PolizistInnen – das sind die Eckdaten des Aufmarsches unter dem Motto »Jugend braucht Perspektiven«, der am 5. Dezember in Königs Wusterhausen stattfand. Eine zwischenzeitliche Blockade der Neonaziroute wurde von der Polizei gewaltsam aufgelöst. Seit 2003 marschieren Neonazis jährlich Anfang Dezember in Berlin »für ein nationales Jugendzentrum«. In diesem Jahr war die Demo nach Königs Wusterhausen verlegt worden. Grund war eine kurzfristig geplante Demo im Oktober in Berlin »gegen linken Terror«, für die die Brandenburger Neonazis auf einen länger geplanten Aufmarsch verzichtet hatten und dafür mit der Jugendzentrums-Demo entschädigt werden sollten.

Der Ortswechsel brachte einen deutlichen Schwund an TeilnehmerInnen mit sich: 2008 waren in Berlin noch 650 Neonazis auf die Straße gegangen. ◀



## Abonnieren...

...kann man den *monitor* nicht. Aber wer Fördermitglied des apabiz e.V. wird, der bekommt ihn kostenlos zugeschickt! Spenden und vor allem ein fester Kreis von Fördermitgliedern sind für unsere Arbeit unersetzbar. Sie sichern den Erhalt unseres Projektes unabhängig von öffentlichen Geldern und damit unabhängig von gesellschaftlichen Stimmungen. Die Spenden sind steuerlich absetzbar.

### ► Fördermitglied werden

Ihr spendet uns einen festen monatlichen Betrag, den wir von Eurem Konto abbuchen. Alternativ ist auch die Einrichtung eines Dauerauftrages möglich. Dafür erhaltet Ihr diesen Rundbrief mit unserer internen Beilage, werdet mit Informationen versorgt und bekommt einen Kaffee, wenn Ihr vorbeikommt.

### ► Spenden

Ihr überweist einfach einmalig oder per Dauerauftrag auf unser Konto (s. S. 1). Für die Ausstellung einer Spendenbescheinigung müsst Ihr uns allerdings noch Eure Daten zukommen lassen. Auch Sachspenden sind willkommen.

### ► Fördermitgliedschaft

Hiermit erteile ich dem apabiz e.V. eine Einzugsermächtigung über monatlich \_\_\_\_\_ Euro (mind. 5 Euro).

### ► Dauerauftrag/Einmalige Spende

Ich habe zur Unterstützung Eurer Arbeit

- einen Dauerauftrag eingerichtet.  
 einmalig \_\_\_\_\_ Euro überwiesen.

Kontonummer: \_\_\_\_\_

Bank und BLZ: \_\_\_\_\_

Name/Organisation: \_\_\_\_\_

Adresse: \_\_\_\_\_

e-mail: \_\_\_\_\_

Unterschrift: \_\_\_\_\_

- Spendenbescheinigung erwünscht (Fördermitglieder und Dauerspenden erhalten diese einmal jährlich)

# Neu im Archiv

In dieser Rubrik wollen wir Euch einen kurzen Überblick über Bücher, Broschüren und andere Medien geben, die im Archiv neu eingegangen und ab sofort ver-

fugbar sind. Darüber hinaus werden wir auf bestimmte Sachgebiete hinweisen, zu denen Ihr Sammlungen bei uns finden könnt. Danke an die Verlage.

• *Wrzesinski, Anna Maria: »Es darf nicht sein! Der Bericht einer Allgäuer Magd über eine lebensgefährliche Liebe.«* Wißner-Verlag, Augsburg 2008.

In diesem autobiografischen Roman erzählt die ehemalige Allgäuer Landarbeiterin Anna Wrzesinski die Geschichte ihrer verbotenen Beziehung zu einem polnischen Zwangsarbeiter. Sie wird von ihm schwanger und bekommt eine Tochter. Während er in Dachau inhaftiert ist, wird sie im Februar 1944 mit der Beschuldigung »Verkehr mit Polen« in Ravensbrück eingeliefert. Das Buch schildert ihr Leben, die traumatischen Erfahrungen im Frauenkonzentrationslager und ihr Wiedersehen mit ihrem Mann.

• *Lamey, Annegret: »Kind unbekannter Herkunft. Die Geschichte des Lebensbornkindes Hannes Dollinger.«* Wißner-Verlag, Augsburg 2008.

Hannes Dollinger erfährt mit fast fünfzig Jahren, dass er unter dem Namen Otto Wighus in Norwegen als Sohn einer Norwegerin und eines Deutschen geboren worden war. Bis dahin hatte er geglaubt, als »Kind unbekannter Herkunft« von seinen Eltern adoptiert worden zu sein. Annegret Lamey beschreibt das Leben des ehemaligen »Lebensbornkindes«, die Suche nach der eigenen Identität und die Auseinandersetzung mit Behörden um die Frage der Staatsangehörigkeit.

• *Erb, Rainer: »Zeichen und Symbole der Rechts-extremen.«* Landeszentrale für politische Bildung Thüringen, Erfurt 2009.

Die weitreichende Nutzung von Codes, Zeichen und Symbolen durch die extreme Rechte ist keine Neuigkeit. In der umfangreichen Darstellung des Autors sind nicht nur Embleme extrem rechter Organisationsnamen, Symbole mit nationalsozialistischen oder germanischen Bezug, sondern auch zahlreiche in der Neonazi-Szene beliebte Bekleidungsmarken erklärt und bildlich dargestellt. Der ehemalige Mitarbeiter des Zentrums für Antisemitismusforschung an der TU Berlin, Rainer Erb, recherchierte für seine Veröffentlichung auch im apabiz.

• *Korte, Jan / Gerd Wiegel (Hrsg.): »Sichtbare Zeichen. Die neue deutsche Geschichtspolitik - von der Tätergeschichte zur Opfererinnerung.«* Papy-Rossa Verlag, Köln 2009.

Der Sammelband geht der Frage nach, wie sich die öffentliche Erinnerung und die staatliche Gedenkpoltik von NS-Verbrechen mehr und mehr zu einem Opferdiskurs entwickeln. Durch einen neuen Schwerpunkt in der Erinnerungskul-

tur und die Manifestierung eines deutschen Opfermythos, wie durch Denkmäler gegen »Vertreibung« oder zu »Ehren« getöteter Bundeswehrosoldaten kommt es demnach zur Umdeutung der deutschen Geschichte. Zur Ergänzung des deutschen Blickwinkels wird ein Einblick in die Geschichtspolitik im Nachbarland Polen geliefert.

• *Rehse, Sebastian: »Die Oppositionsrolle rechts-extremer Protestparteien.«* Nomos Verlag, Baden-Baden 2008.

Im Mittelpunkt dieser Buchveröffentlichung stehen die DVU-Fraktion in Brandenburg (1999-2004) und die NPD-Fraktion in Sachsen (2004-2006). Es wurden vom Autor bewusst die jeweils ersten Legislaturperioden mit extrem rechter Beteiligung gewählt, um einen Vergleich gewährleisten zu können. Nach einer Einführung in die Thematik »Rechtsextremismus als Forschungsgegenstand der Politikwissenschaft und Parlamentarismusforschung« werden die beiden Fraktionen einer empirischen Untersuchung unterzogen.

Dazu wurden nicht nur Mitglieder der beiden Fraktionen, sondern auch die übrigen Landtagsabgeordneten schriftlich und mündlich von Rehse befragt. Die Arbeit der Fraktionsmitglieder der DVU und NPD im jeweiligen Landtag und den Ausschüssen sowie die politischen Initiativen werden analysiert, aber auch die Reaktionen der demokratischen Parteien auf die parlamentarischen Arbeit der beiden Rechtsparteien. Leider unbeachtet bleibt die besondere Rolle der FraktionsmitarbeiterInnen und die Möglichkeiten der Parteifinanzierung aufgrund der gesetzlichen Geldzuwendungen. ◀

## Das Info-Paket vom apabiz e.v.



Nicht nur für Vereine und Institutionen, sondern für alle, die in den Genuss des gesamten Service des apabiz e.v. kommen möchten, gibt es jetzt unser **Info-Paket** in den Größen S, M und L:

- je 3/10/20 Exemplare des *monitor* pro Ausgabe
- den **ReferentInnen-Katalog** inklusive Updates
- zwei Exemplare aller **neuen Publikationen** des apabiz e.v. (Broschüren, Handreichungen etc.)
- **Sonderkonditionen** bei Nachbestellungen und Recherche-Anfragen

gibt es für 70 Euro / 100 Euro / 130 Euro im Jahr!